



Plötzlich «rechtsextrem»: Klaus Kinzler, Professor am politologischen Institut der Universität Grenoble, aufgenommen an einem geheimen Ort.

OLIVIER MONGE / MYOP

würfe gegen Tournier und Kinzler waren haltlos und politisch motiviert.

Den Studentengruppen ging es laut dem Bericht einzig darum, zwei Professoren zu verjagen, «weil sie die einzigen «rechten» Professoren am politologischen Institut sind». Sie hätten mit Diffamierungen, Verdächtigungen und Denunziationsaufrufen ein Klima der Angst verbreitet. Ihre Methoden erinnerten an «dunkelste Kapitel der Geschichte».

Besonders irritiert zeigen sich die Autoren über den mangelnden Respekt für elementare Grundrechte, den manche Studenten während der Befragung offenbarten. So erklärten Vertreter der Union Syndicale, die Unschuldsvermutung sei ein Werkzeug der Klassenjustiz. Nur die Stimme der Opfer dürfe zählen, und wer Opfer angreife, müsse sofort bestraft werden. Dieses Dogma erklärt auch, weshalb es zwischen linksidentitären Ideologien und Islamisten eine geistige Kompliz

zenschaft gibt, die man in Frankreich «Islamogauchisme» nennt. Wenn das Opfer immer recht hat und sämtliche Muslime als Unterdrückte eingestuft werden, sind auch Islamisten Opfer. Ganz egal, ob sie selber Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Gewalttäter oder alles zusammen sind.

Die Macht, die derartige Ideologien und Denkmuster an den Universitäten und in der Gesellschaft entfaltet haben, hat in Frankreich schon in den Wochen vor der «affaire de Grenoble» für Diskussionen gesorgt. Die Ministerin Frédérique Vidal kündigte Massnahmen gegen den «Islamogauchismus» an und provozierte damit wütende Proteste. Exponenten des Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung (CNRS) behaupteten, «Islamogauchismus» existiere überhaupt nicht. Die Regierung attackiere die Freiheit der Wissenschaften.

Dabei trägt das CNRS mit anderen Bildungsakteuren selber zu einem Klima

bei, das aktivistische und radikale Studenten in ihrem Eifer bestärkt. So sollte eine CNRS-Studie unlängst beweisen, dass die französische Küche von «blanchité alimentaire» geprägt, also rassistisch sei. Zudem können Aktivisten darauf zählen, dass Bildungsbeamte, Professoren, Vorgesetzte und Studentenorganisationen bei Mobbing-Aktionen gegen politisch unerwünschte Personen wegschauen oder gar ermunternde Zeichen geben.

«Es gibt keinen Dialog mehr»

Die Unef, die grösste Studentengewerkschaft des Landes, solidarisierte sich nach der hetzerischen Plakataktion vor der Universität Grenoble öffentlich mit den Verleumdern. Das CNRS war indirekt ebenfalls in die Kampagne gegen Kinzler involviert, weil das Labor Pacte zum CNRS gehört – und dieses hat mit einem parteiischen Communiqué mass-

geblich zur Eskalation beigetragen. Radikale Studenten, das zeigt auch der Untersuchungsbericht des Bildungsministeriums, profitieren von einer Kultur der Duldung, der Angst und der Protektion. So kritisieren die Generalinspektoren, dass die Institutsdirektorin Sabine Saurugger schon früh über die Diffamierungen gegen ihren Mitarbeiter Kinzler in den sozialen Netzwerken im Bild war, ihn aber weder informierte noch die Staatsanwaltschaft einschaltete, trotz justiziablen Verleumdungen. Weiter halten sie fest, das Communiqué von Pacte hätte gar nie veröffentlicht werden dürfen. Während sie gegen sämtliche Delegierte der Union Syndicale Disziplinar- und Strafverfahren anregen, soll Kinzler nur verwahrt werden. Er habe zwar mangelnden Respekt für einzelne Kolleginnen gezeigt und das Neutralitätsgebot in religiösen Fragen verletzt. Sein Verhalten sei jedoch durch

den enormen Druck zu relativieren: Er sei in der Geschichte eindeutig das Opfer gewesen.

In den Medien ist Klaus Kinzler oft als Märtyrer beschrieben worden, als Opfer der «Cancel-Culture», also einer Kultur der sozialen Vernichtung. Seine Gegner – unter ihnen Kollegen am politologischen Institut – weisen derweil süffisant darauf hin, dass der Begriff «Cancel-Culture» angesichts von Kinzlers Medienpräsenz einmal mehr seine Absurdität offenbare. Tatsächlich sagt Kinzler selber, er habe dank der Affäre «eine Medienmacht, die andere nicht haben». Es gibt Hunderte mehrheitlich wohlwollende Artikel, er war am Fernsehen zu sehen und im Radio zu hören. Dazu hat er rund 4000 E-Mails und 150 Briefe erhalten, die meisten davon positiv.

Statt «Gelöschte» schaffen die Anhänger der «Cancel-Culture» Medienstars. Nur: Beweist das, dass dieses Phänomen harmlos ist? Wer in der «Affäre von Grenoble» gewonnen hat, ist offen. Das zeigt sich bei einem Besuch auf dem Campus der Universität. Das politologische Institut ist ein rostbrauner Bau, vor den Büros der Professoren hängen Aufrufe der postkommunistischen Gewerkschaft CGT, ein Flyer an der Wand wirbt für eine «feministische Aktion gegen europäische Grenzen».

An diesem Spätsommertag werden die Erstsemestrigen begrüsst, an einem Stand verteilen Studentengewerkschafter Traktate gegen Sexismus und Emmanuel Macron. Ihrer Meinung nach ist alles ganz anders, als es die Medien und der Untersuchungsbericht behaupten. «Es gibt Professoren, die sich sexistisch, rassistisch, homophob und antisemitisch geäussert haben», sagt ein junger Mann mit Bart und runder Brille. «Sie haben Sachen gesagt, die eigentlich strafbar sind.» Warum gab es dann keine Anklage? «Weil die Direktion nichts gemacht hat.»

Dem Ministerium, so sind die Studenten überzeugt, geht es bloss um einen Schlag gegen die Gewerkschaften. «Hoffentlich kommen sie nicht durch damit.» Ganz anders sehen das der Student Théophile Martinet und sein Kollege, der lieber anonym bleiben will. Martinet hat Kinzler öffentlich unterstützt, daneben war er Mitglied der liberalen Studentengruppe Agora. In den sozialen Netzwerken wurde er deswegen beschimpft, beleidigt und verleumdet. «Es gibt keinen Filter, keinen Dialog mehr», sagt er. Mit Corona sei alles vollends eskaliert. Martinet zeigt Screenshots von virtuellen Diskussionen, in denen zwei Agora-Mitglieder von Aktivisten beschuldigt werden, Vergewaltiger zu sein. Juristisch gab es nie ein Verfahren. Einer der Beschuldigten sah sich aufgrund der Verleumdungen jedoch gezwungen, die Uni zu verlassen.

«Kranke Gesellschaft»

Für Martinet und seinen Kommilitonen ist klar: Was in Grenoble passiert, ist das Symptom einer «kranken Gesellschaft», in der nicht mehr debattiert wird, weil aggressive Gruppen bestimmen. Deren Ideologie «Alle sind gut, nur die Rechten sind böse. Und rechts von François Hollande ist rechtsextrem» werde von vielen Professoren geteilt. Ihre Macht basiere vor allem auf dem Schweigen der Mehrheit, die ihre Ruhe haben wolle. Martinets grösste Sorge ist die: Was, wenn diese Leute einmal Richter und Minister sind?

Sabine Saurugger, die Direktorin des politologischen Instituts, will sich nicht weiter zu den Vorfällen an der Universität äussern. Thomas Mandroux, der Wortführer der Union Syndicale, wünscht sich eine «Beruhigung» und will sich ebenfalls nicht äussern, um den «von Rechtsextremen unterstützten» Klaus Kinzler und Vincent Tournier nicht noch mehr mediale Aufmerksamkeit zu schenken. Simon Persico, ein Institutskollege Kinzlers, wirft seinem ehemaligen Freund vor, den Ruf des Instituts beschädigt zu haben, indem er Kollegen öffentlich angegriffen und zunehmend rechte Positionen verteidigt habe. Persico will aber weiter mit ihm zusammenarbeiten.

Die Staatsanwaltschaft Grenoble hat eine Untersuchung gegen mehrere Personen eingeleitet, wegen Ehrverletzung. Vincent Tournier fürchtet seit den öffentlichen Verleumdungen um sein Leben, er lebt derzeit auf Französisch-Polynesien. Klaus Kinzler weiss noch nicht, ob er an die Universität zurückkehren soll. Sein Buch erscheint im Januar.